

Arbeitspapier Antifaschismus und Antirassismus

Autor*innen: Antifa-AG (Kontakt: partnerschaften@klimaliste-berlin.de)
Stand 29.06.2021

Als Klimaliste Berlin solidarisieren wir uns mit allen Menschen, die unter rechter Gewalt, Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung gegen Sinti:zze und Rom:nja, Geflüchtete, Muslime, Feindlichkeit gegenüber anderen Geschlechtern oder aufgrund der sexuellen Orientierung, Ableismus und anderen Formen der Diskriminierung leiden. Wir sind antifaschistisch und solidarisieren uns mit den Bewegungen und Menschen, die gegen Rassismus, Diskriminierung, rechte Gewalt und unterdrückende Strukturen kämpfen, in Berlin, Deutschland und international. Zudem setzen wir uns für gerechte, solidarische und demokratische gesellschaftliche Strukturen ein und lehnen in politischen Auseinandersetzungen den repressiven und damit missbräuchlichen Einsatz des Gewaltmonopols durch die Polizei ab.

Dieses Positionspapier spiegelt den aktuellen Stand unserer Diskussionen zum Themenbereich Antirassismus und Antifaschismus wider und soll als lebendiges Dokument verstanden werden, an dem wir kontinuierlich arbeiten, um unsere antifaschistische und antirassistische Arbeit zu verbessern.

1. Warum ist Antifaschismus und Antirassismus ein Thema der Klimagerechtigkeitsbewegung?

Dass wir als Menschheit, bzw. als westliche, industrialisierte Gesellschaften, so viel CO₂ emittiert haben, dass uns nun die Hütte brennt und die Lebensgrundlagen aller Lebewesen bedroht sind, ist nicht nur ein technisches Versehen, das mit besserer/ anderer Technik aufgehoben werden kann. Es ist Resultat einer inhärent gewaltvollen Beziehung zu unserer ökologischen Umgebung und ihren pflanzlichen und tierischen Bewohner*innen, die wir entwickelt haben. Diese gewaltvolle Beziehung drückt sich in einer maßlosen Verwertung von Landschaften, Pflanzen, Tieren, von Arbeitskraft und jeglicher weiterer menschlichen Regung aus, so dass kaum etwas außerhalb der Verwertungslogik bestehen kann, es sei denn, es wird dezidiert und mit großer Kraftanstrengung als bewahrenswert ausgewiesen.

Während es bekanntermaßen einzelne “Naturschutzgebiete” gibt, die der Verwertungswut entzogen sind, steht das planetare Ökosystem als Ganzes bisher nicht unter Schutz und darf folglich zerstört werden.

Die gewaltvollen Beziehungen finden sich jedoch auch unter den Menschen wieder. Das Entziehen von Macht, Würde und Integrität auf der Grundlage von bspw. ethnischen oder rassistischen Zuschreibungen ist ein allgegenwärtiges Mittel, um Hierarchien zu etablieren und Ausbeutungsverhältnisse zu legitimieren. In rassistischen und antisemitischen Handlungen drückt sich neben der verwertbaren Bereitstellung menschlicher Arbeitskraft zudem eine gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aus, die die gewaltvolle Qualität unserer westlichen und industrialisierten Lebensweise widerspiegelt.

Wir engagieren uns als Klimaliste Berlin für eine sozialökologische Transformation, die auf kooperativen und solidarischen Beziehungen aufbaut und diese gewaltvollen Verhältnisse auflösen will, sowohl im gesellschaftlichen und menschlichen Miteinander, als auch im Umgang mit unseren Lebensgrundlagen. Daher gehört der antirassistische und antifaschistische Kampf inhärent zu unseren politischen Aktivitäten dazu.

2. Themenfelder

2.1 Rassismus

Rassismus hat seinen Ursprung im europäischen Kolonialismus und bezeichnet eine Machtstruktur, die helle Hautfarben als Norm betrachtet und der Legitimation von Macht und Herrschaft auf der Grundlage von Aussehen, Herkunft oder ethnischen Hintergrund dient. Rassismus kann als Ideologie verstanden werden, bei der es um die Hierarchisierung und historische Entmenschlichung von Körpern, die als nicht-weiß gelesen werden, geht. Er basiert auf der falschen Annahme der biologischen Minderwertigkeit¹.

People of Color (Singular: Person of Color), oft als PoC abgekürzt, auch BPoC (Black and People of Color) oder BIPoC (Black, Indigenous and People of Color) sind Begriffe aus dem anglo-amerikanischen Raum und beschreiben jene Personen und Gruppen, die vielfältigen Formen von Rassismus ausgesetzt sind und die die „gemeinsame, in vielen Variationen auftretende und ungleich erlebte Erfahrung [teilen], aufgrund körperlicher und kultureller Fremdzuschreibungen der weißen Mehrheitsgesellschaft als ‚anders‘ und ‚unzugehörig‘ definiert [zu] werden.“²

Wir Menschen der Klimaliste Berlin setzen uns kritisch mit Weißsein und Gruppenidentitäten auseinander. Wir machen uns dabei der Privilegien bewusst, die die Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft haben. In regelmäßigen Workshops reflektieren wir die dahinter liegenden Machtstrukturen und deren Auswirkungen.

¹ Definition von <https://astafu.de/referate/bpoc>

² Definition aus https://de.wikipedia.org/wiki/Person_of_Color

Berlin, die Hauptstadt eines der mächtigsten und wohlhabendsten Länder der Erde, wurde auch durch ihre koloniale Geschichte, durch den Faschismus und rassistische Verhältnisse in der Nachkriegszeit geprägt. Diese Geschichte ist in Museen, in der Architektur sowie auch den sozialen Strukturen der Stadt sowohl sichtbar als auch unsichtbar wiederzufinden. Die Verankerung der Privilegien von Menschen, die weiß gelesen werden, in die Berliner Alltagskultur kann als „weiße Dominanzkultur“ beschrieben werden. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass sich rassistische Verhältnisse und Beziehungen nicht nur anhand von offener Gewalt ereignen, sondern sich auch in weniger leicht markierbaren Verhaltensweisen und Gegebenheiten wiederfinden.

Neben der Dominanzkultur gibt es jedoch auch offen zum Ausdruck gebrachten Hass. In Berlin gehören rassistisch motivierte Gewalttaten und Übergriffe zur Tagesordnung. Die Opferberatungsstelle reachout e.V. zählte 2020 knapp 200 rassistisch motivierte Taten³, Inssan e.V. zählte im selben Jahr 228 antimuslimische Taten⁴.

In vielen Fällen hat eine rassistische Orientierung mörderische Konsequenzen – in den letzten 30 Jahren sind allein in Deutschland über 200 Menschen durch rechte und rassistische Gewalt getötet worden.⁵

Forderungen zum Umgang mit Rassismus

- ➔ Wir wirken diskriminierenden Strukturen entgegen. Wir sprechen uns gegen eine „deutsche Leitkultur“ aus und lösen den Integrationsdiskurs durch die Idee des Zusammenlebens in radikaler Vielfalt ab. Wir setzen uns auch parteiintern regelmäßig und strukturiert mit unseren Rassismen auseinander. Wir sehen Berlin als plurikulturellen Ort an⁶.
- ➔ Schwarze und PoC, Jüd:innen, Sinti:zze und Rom:nja, Muslim:innen, Menschen mit Migrationshintergrund, alle, die in Berlin leben und sich als solche identifizieren, sind Berlin:innen. Berlin ist radikal vielfältig!
- ➔ Rassistische Übergriffe und Gewalttaten in Berlin werden konsequent aufgeklärt, juristisch verfolgt und angemessen bestraft, Opfer von rassistischer Gewalt erhalten Unterstützung und Schutz.
- ➔ Berlins Geschichte wurde bisher fast ausschließlich aus Perspektive ihrer weißen Bewohner:innen erzählt. Insbesondere gilt dies für die Kolonialgeschichte. Die Perspektive schwarzer Menschen wurde unterschätzt, übersehen oder einfach übergangen. Um hier für Gerechtigkeit zu sorgen, ist eine intensive Auseinandersetzung der erste Schritt (*AFROKULTUR - »der raum zwischen gestern und morgen«*, N. A. Kelly 2018).

3 <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2021/03/reachout-berlin-angriffe-drohungen-rassismus-homophobie.html>

4 <https://www.inssan.de/netzwerkghi-aktuelles/559-pressemitteilung-zu-den-fahllzahlen-2020>

5 Eine Liste der Ermordeten ist auf <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/todesopfer-rechter-gewalt/> zu finden.

6 Desintegriert euch!, Max Czollek 2018

- ➔ Wir wollen in Zusammenarbeit mit interessierten Organisationen an allen Orten und Straßen, deren Namen einen kolonialen Hintergrund haben⁷, über diesen aufklären oder die Straßen umbenennen. Im gleichen Zuge werden auch Denkmäler an koloniale Persönlichkeiten kritisch hinterfragt, zu Mahnmälern gemacht oder entfernt.
- ➔ Es werden Denkmäler für die Opfer des deutschen Kolonialismus, des Völkermordes an den Herero und Nama sowie der schwarzen Opfer des Nationalsozialismus errichtet.
- ➔ Wir werden Afrodeutsche (als Teil der Deutschen Afrikanischen Diaspora) als Berliner Minderheit anerkennen. Es sollen dabei die gleichen Rechte wie für andere anerkannte Minderheiten gelten, wie bspw. im Parteiengesetz festgehalten.
- ➔ Um eine Anerkennung der Schwarzen deutschen Geschichte zu erreichen, wollen wir deren wissenschaftliche Aufarbeitung fördern. Wir werden mit Schwarzen Historiker:innen und Wissenschaftler:innen die Geschichte Berlins re:konstruieren. Dafür wird ein Institut für Schwarze (Europäische) Studien eingerichtet (Kelly 2018).
- ➔ Wir werden sichere Räume und Gelegenheiten schaffen, die eine Bearbeitung der alltäglichen Rassismen erlauben, friedlichen Austausch fördern und auf eine Auflösung der weißen Dominanzkultur hinwirken.
- ➔ Wir werden den Beamt:innen und Behörden Berlins regelmäßig Antirassismus- und Antidiskriminierungstrainings verbindlich anbieten, mit dem Ziel einer offenen und inklusiven Organisationskultur. Auch werden wir fördern, dass Behörden vermehrt BIPOC anstellen und ausbilden. Dies soll auch für Unternehmen mit direkter oder indirekter Staatsbeteiligung gelten (BVG, ...).
- ➔ Die Schulen werden BIPOC-Fachkräfte einstellen, die Ansprechpartner:innen für von Diskriminierung betroffene Schüler:innen sind. Diese Fachkräfte sollen möglichst der Sprachen der in der Schule vorhandenen Minderheiten mächtig sein. Hierfür sollen spezielle Sprachkurse und Trainings zur Weiterbildung dieser Fachkräfte zur Verfügung gestellt werden.
- ➔ Berlin wird sich daran beteiligen, dass die in Berlin zu findende Raubkunst - insbesondere kolonialen Ursprungs - an die Ursprungsregionen zurückgegeben wird.
- ➔ Das Land Berlin bemüht sich, Opfern des deutschen Kolonialismus, deutscher Einsätze, deutscher Soldat:innen und deutscher Waffen Reparationen zu leisten. Beispielhaft sei hier der Einsatz von deutschem Senfgas durch Frankreich während der Rifkriege erwähnt. Das Rif ist bis heute noch mit deutschem Senfgas kontaminiert⁸.

7 https://www.africavenir.org/fileadmin/downloads/occasional_papers/Dossier_kolonialistische_strassennamen.pdf

8 M. Amjahids 2021

2.2 Antisemitismus

Hass und Feindlichkeit gegen Menschen, die vermeintlich oder real jüdisch sind, nennt man Antisemitismus. Ihnen werden dabei verschiedene negative Eigenschaften zugeschrieben, womit Ausgrenzung, Abwertung, Diskriminierung, Unterdrückung, Verfolgung, Vertreibung bis hin zur Vernichtung jüdischer Minderheiten (Völkermord) gefördert, vorbereitet und/ oder gerechtfertigt werden.

Eine Konsequenz dieser Verachtung ist die Shoah. Dies konfrontiert uns mit der Tatsache: „Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen“⁹. Wir tragen daher eine historische Schuld und die Verantwortung, Antisemitismus entschieden zu bekämpfen.

Das Versprechen an die damaligen deutschen jüdischen Menschen, dass sie in Deutschland leben können, wenn sie sich nur anpassen, wurde dabei auf grausamste Weise gebrochen. Auch daraus ziehen wir den Schluss, dass eine Anpassungsforderung, wie sie bspw. häufig im Integrationsgedanken wiederzufinden ist, nicht zielführend ist. Der Emanzipation aller Menschen darf nichts im Wege stehen. „Lernen muss heißen, für eine plurale Gesellschaft einzustehen“¹⁰.

Im Antisemitismus lassen sich religiöse, soziale, politische, kulturelle und verschwörungstheoretische Motive unterscheiden, die historisch jedoch meist miteinander verbunden auftreten. Zudem unterscheidet die Forschung latente und manifeste, oppositionelle und staatliche Ausdrucksformen.

Im Unterschied zu allgemeiner Fremdenfeindlichkeit wird Antisemitismus mit angeblich unveränderlichen Eigenschaften von Juden begründet. Juden sollten als „Feinde der Menschheit“ (Antike), „Brunnenvergifter“, „Ritualmörder“, „Wucherer“ (Mittelalter und frühe Neuzeit), „Parasiten“, „Ausbeuter“, „Verschwörer“ und heimliche „Weltherrscher“ (seit der Aufklärung) immer die angeblichen Verursacher aller möglichen negativen Fehlentwicklungen und menschengemachten Katastrophen sein. So ähneln sich antijüdische Karikaturen durch die Jahrhunderte stark¹¹.

Antisemitismus nimmt verschiedene Formen an und reicht von Beleidigungen bis zu physischen Übergriffen und Angriffen auf jüdische Menschen und Läden. Doch auch versteckt, unbewusst und gelernt werden diskriminierende Stereotype genutzt. Viele Verschwörungsmymen haben bspw. einen antisemitischen Kern. Antisemitismus beginnt daher nicht erst dort, wo jüdische Personen angegriffen werden, sondern bereits in der Nutzung von antisemitischen Symbolen in Sprache und Bildern.

Antisemitismus ist eng mit genereller Menschenfeindlichkeit und faschistischer Ideologie verknüpft. Antisemitische Haltungen werden daher eher von Menschen

⁹ Zitat des italienischen Schriftstellers Primo Levi. Der Auschwitz-Überlebende warnte im Jahr 1986 davor, im Gedenken an die Verbrechen des Holocaust nachzulassen.

¹⁰ Max Czollek

¹¹ <https://de.wikipedia.org/wiki/Antisemitismus>

vertreten, die Nation, die eigene Gruppe oder sich selber über andere stellen. Jedoch ist Antisemitismus nicht nur in rechtsextremen Strukturen zu finden, sondern zieht sich durch alle Gesellschaftsschichten. Daher ist es eine wichtige Aufgabe, achtsam zu sein und antisemitische Denkweisen und Haltungen, wo sie auftreten, aufzudecken und zu ahnden.

Antisemitische Vorurteile und Angriffe können auch in der Form einer "verkürzten Kapitalismuskritik" auftreten, wenn einzelne kapitalistische Akteur:innen verunglimpft werden, oder allein das Finanzkapital als Quelle allen Übels ausgemacht wird. Desweiteren gibt es einen modernen muslimisch geprägten Antisemitismus, der meist durch politische Ideologie aufgeladen ist.

Entscheidend ist, alle Menschen dafür zu sensibilisieren, dass der Kampf gegen Antisemitismus, aber auch der Kampf gegen aggressive Siedlungspolitik und der Kampf gegen alle Formen der Unterdrückung letztlich der gleiche ist.

Forderungen zum Umgang mit Antisemitismus

- ➔ Jüdische Menschen sollen sich in Deutschland und überall in der Welt frei bewegen und ohne Angst ihr Leben leben können. Die deutsche Gesellschaft stellt sicher, dass jüdische Institutionen allen nötigen Schutz erhalten und antisemitische Hass- und Gewaltverbrechen mit aller Konsequenz geahndet werden.
- ➔ Antifaschistische Erziehung wird zu einem selbstverständlichen Bestandteil von Schule und Erziehung. Dazu gehört auch eine klare Aufklärung darüber, dass etwa eine Kritik an Israels Regierung in keiner Weise zur Ablehnung von oder Übergriffen auf jüdische Menschen in Deutschland oder sonstwo in der Welt führen kann und darf. Es gilt somit, auch mit Muslim:innen aus Ländern, in denen aufgrund politischer und kultureller Prägung zu antisemitischen Aussagen und Handlungen kommt, zu sprechen und ihnen verständlich zu machen, wo der Unterschied zwischen Antisemitismus und Kritik an israelischer Politik liegt.
- ➔ Antisemitismus ist eine althergebrachte und wachsende Gefahr, die viel zu lange heruntergespielt wurde. Jede Art von Hassgewalt, ob aus antisemitischen, rassistischen oder anderen menschen- oder gruppenfeindlichen Motiven, muss gesondert erfasst und streng geahndet werden. Dies gilt auch für Femizide (Morde an Frauen, weil sie Frauen sind) und andere politisch motivierte Straftaten. Der Opferschutz geht bei allen Fragestellungen vor.
- ➔ Eine Kultur der Erinnerung darf nicht bei bloßem "Gedächtnistheater"¹² stehenbleiben. Stattdessen gilt es, die Gesellschaft so einzurichten, dass die Geschichte sich nicht wiederholen kann. Dazu gehört, dass sämtliche (neo-)faschistischen Organisationen und Parteien einschließlich Ersatz- und Tarnorganisationen aufgelöst und verboten werden.

12 Michel Bodemann <http://www.demokratisch-links.de/category/kultur/page/12>

- ➔ Zur Kultur der Erinnerung gehört auch, “dass es Räume der Untröstlichkeit braucht, in denen gilt, was selbstverständlich sein sollte: es wird nie wieder alles gut”¹³.
- ➔ Die deutsche Geschichte, inklusive der Verbrechen des Nazizeit und des Kolonialismus, muss konsequent aufgearbeitet werden. Dazu gehören insbesondere auch die Verstrickungen von Firmen sowie von später in der BRD aktiven Politiker:innen, die bis heute in vielen Fällen kaum beachtet und wenig erforscht wurden. Universitäten und andere Institutionen, die zur Aufklärung beitragen können, müssen dafür ausreichend mit Mitteln ausgestattet werden; dabei ist auf die Unabhängigkeit der Forschenden zu achten. Firmen sollen nicht länger das Recht haben, unter Verweis auf “Geschäftsgeheimnisse” o.ä. die Aufklärung ihrer Vergangenheit zu behindern.
- ➔ Erinnern heißt Kämpfen. Am 8. Mai 1945 wurde das Naziregime durch den militärischen Sieg der Anti-Hitler-Koalition – der neben den alliierten Streitkräfte auch Partisan:innen und Widerstandskämpfer:innen angehörten – zerschlagen. Dieser Tag muss überall, vor allem aber in Deutschland, gefeiert werden, in dankbarer Erinnerung an die mutigen Menschen, die im Kampf gegen den deutschen Faschismus ihr Leben riskiert und in vielen Fällen verloren haben. Deshalb schließen wir uns der Forderung des VVN-BdA an, dass der 8. Mai endlich ein Feiertag werden muss!

2.3 Antifaschismus

In Deutschland ist eine Zunahme rechtsextremer Attentate, Anschläge und Hassgewalt zu beobachten. Wir erwähnen hier zur Veranschaulichung München (1980)¹⁴, Hoyerswerder (1991)¹⁵, Mölln (1992)¹⁶, Rostock-Lichtenhagen (1992)¹⁷, Solingen (1993)¹⁸, NSU (ab 1999)¹⁹, Köln (2004)²⁰, Dessau (2005)²¹, Heilbronn (2007)²², München (2016)²³, Chemnitz (2018)²⁴, Kassel (2019)²⁵, Halle (2019)²⁶,

13 ebenda

14 <https://de.wikipedia.org/wiki/Oktoberfestattentat>

15 https://de.wikipedia.org/wiki/Ausschreitungen_in_Hoyerswerda

16 https://de.wikipedia.org/wiki/Mordanschlag_von_M%C3%B6lln

17 https://de.wikipedia.org/wiki/Ausschreitungen_in_Rostock-Lichtenhagen

18 https://de.wikipedia.org/wiki/Mordanschlag_von_Solingen

19 https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalsozialistischer_Untergrund

20 https://de.wikipedia.org/wiki/Nagelbombenanschlag_in_K%C3%B6ln

21 https://de.wikipedia.org/wiki/Oury_Jalloh

22 https://de.wikipedia.org/wiki/Polizistenmord_von_Heilbronn

23 https://de.wikipedia.org/wiki/Anschlag_in_M%C3%BCnchen_2016

24 https://de.wikipedia.org/wiki/Ausschreitungen_in_Chemnitz_2018

25 https://de.wikipedia.org/wiki/Mordfall_Walter_L%C3%BCbcke

26 [https://de.wikipedia.org/wiki/Anschlag_in_Halle_\(Saale\)_2019](https://de.wikipedia.org/wiki/Anschlag_in_Halle_(Saale)_2019)

Hanau (2020)²⁷. Ein Schattenbericht zu Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wurde 2019 von mbr und apabiz veröffentlicht²⁸.

Es gibt auch in Berlin eine gewaltbereite Neonazi-Szene, die in einigen Bezirken gezielt Anschläge ausübt. In Schöneweide gab es bspw. bis vor wenigen Jahren einen Szenetreff, wo „Infoveranstaltungen“ durchgeführt sowie Demos, aber auch Straftaten geplant wurden. Journalist:innen, Polizei und Jugendliche wurden angegriffen²⁹. In Neukölln gibt es aktuell anhaltende, von Senatsseite bisher nicht aufgeklärte und teilweise verschleierte Brandanschläge auf Autos und Läden von migrantischen Anwohner:innen und linken Aktivist:innen^{30, 31}.

Aber für die Klarheit des Denkens ein kleiner Einschub: Was ist Faschismus, was Nationalismus? Historisch bestand die faschistische Politik Mussolinis und Hitlers aus a) einer charismatischen, autoritären Führerfigur, b) der strikten Unterwerfung unter das Führerprinzip und c) dem hierarchischen Aufbau der politischen Organisation; weiterhin d) dem rechtsextremen, offen rassistischen Gedankengut und e) der negativen Eigendefinition (als antidemokratisch, antiparlamentarisch, antiliberal, antihumanistisch etc.)³².

Faschistische Tendenzen sind daher nicht deckungsgleich mit verschärften nationalistischen Tendenzen. Nationalismus ist eine Form kollektiver Identifizierung mit einer zur Nation zusammengefassten Gemeinschaft. Je mehr diese Gemeinschaft als kulturell einheitlich definiert wird und die eigene Nationalität über andere Nationalitäten gestellt wird, desto mehr Gewaltpotenzial steckt im Nationalismus³³.

Neben deutsch-nationalistischen Gruppen agieren in Berlin auch türkisch-nationalistische Anhänger:innen der rechtsextremen AKP, z.B. die Grauen Wölfe³⁴.

Wir sehen in Berlin, wie auch in ganz Deutschland einen erstarkenden Nationalismus, der seit mindestens 15 Jahren von vielen politischen Akteur:innen und Parteien, bald konkret, bald in völkischen Chiffren wie bspw. „Heimat“ wieder zurück in den gängigen Sprachgebrauch gebracht wird. Der gesellschaftliche Rechtsruck schlägt sich seit dem Einzug einer rechtsextremen Partei in den Bundes- und viele Landtage auch als parlamentarisch einflussreiche Kraft nieder.

Und andere Parteien ziehen nach. Sie stellen ihre rechtesten Parteimitglieder als Vorsitzende und Kandidat:innen auf und fischen im Wahlkampf am rechten Rand.

27 https://de.wikipedia.org/wiki/Anschlag_in_Hanau_2020

28 vergleiche auch <https://rechtsaussen.berlin/files/2020/06/Berliner-Zustaende-2019.pdf>

29 <https://antifa-berlin.info/recherche/151-die-braune-strae-von-berlin-01.12.2011>

30 <https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2020/06/berlin-neukoelln-mehr-rechtsextreme-straftaten.html>

31 <https://www.berlin.de/ba-neukoelln/neukoelln-gegen-nazis/>

32 <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17480/faschismus>

33 <https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalismus>

34 <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/260333/graue-woelfe-die-groesste-rechtsextreme-organisation-in-deutschland>

Es werden dabei rassistische Ängste und eine Ablehnung gegen Migrierende geschürt, der Wunsch nach starker Führung und der Enttabuisierung von Menschenhass geweckt. Dieser Nationalismus gefährdet Leben.

Forderungen zu Antifaschismus

- ➔ Faschistischen Tendenzen in Staat und Gesellschaft muss entgegengetreten werden. Rechtsextreme Straf- und Gewalttaten müssen verfolgt werden. Autoritäre, menschenfeindliche, rassistische, demokratiefeindliche, mit Terror und Unterwerfung arbeitende politische Gruppen und Strukturen müssen beobachtet, eingeschränkt und mit aller Konsequenz bekämpft werden. Antifaschistisch zu handeln bedeutet, diesen politischen Gruppen aktiv und entschlossen entgegenzutreten. Es bedeutet, sich mit Aufklärung und Ursachenbekämpfung dafür einzusetzen, dass sie erst gar keinen Zulauf erhalten.
- ➔ Antifaschist:innen sind Menschen, die sich rechtsextremen und menschenfeindlichen Aktivitäten entgegenstellen. Sie leisten wichtige Arbeit, um unsere demokratischen Strukturen zu schützen. Sie klären in Nachbarschaften und im Internet über bekannte Nazistrukturen auf, blockieren rechte Aufmärsche, und geben Schutz für von rechter Gewalt bedrohte Menschen. Der Vorwurf der Gewalttätigkeit von Antifaschist:innen oder sogar des Terrorismus ist eine Diffamierung dieser Aktivist:innen durch bestimmte Interessengruppen. Gewalt gegen Menschen darf nicht mit Sachbeschädigung verglichen werden.
- ➔ Die Berliner Zivilgesellschaft leidet stark unter den Übergriffen und Angriffen durch Menschen faschistischer und rassistischer Gesinnung. Menschen und deren Familien, die einen solchen Angriff erlitten haben, brauchen oft akut Soforthilfen. Deswegen braucht Berlin einen unbürokratischen Opferfond für Opfer rassistischer Gewalt und deren Familien, die in Berlin stattfindet, sowie an/durch Berliner:innen ausgeübt wurde. Berlin soll dabei Initiativen wie Migrantifa, die solche Fonds fordern, mit einbinden, um den Erfahrungen und Bedürfnissen betroffener Menschen gerecht zu werden.
- ➔ Wir setzen uns für die lückenlose Aufklärung von rassistischen Anschlägen und von Nazistrukturen wie in Neukölln ein.
- ➔ Die alltägliche rechtsextreme Gewalt bewegt Betroffene dazu, sich zum eigenen Schutz in Netzwerken und unterstützenden Strukturen zu organisieren. Diesen Strukturen stehen wir solidarisch zur Seite.

2.4 Diskriminierung und Repression durch Behörden und Polizei

Rassistisches und diskriminierendes Verhalten ist besonders schwerwiegend, wenn es von Seiten einer Person gezeigt wird, welche im Auftrag einer staatlichen Institution handelt und über die Rechte (wie bspw. Aufenthalts, Bildungs- oder Demonstrationsrecht und finanziellen Zuweisungen durch das Jobcenter) des

Betroffenen verfügen kann. In entsprechenden Situationen besteht eine besondere Abhängigkeitsbeziehung und rassistische oder repressive Einschränkungen führen unmittelbar zu einer Beschneidung der Rechte und Teilhabemöglichkeiten der betroffenen Person. Ein faires und diskriminierungsfreies Verhalten der Beamt:innen in diesen Behörden wie der Schule, dem Jobcenter, der Ausländerbehörde und der Polizei kann das friedliche Miteinander der unterschiedlichen Menschen in der Gesellschaft daher besonders gut fördern. Wir begrüßen daher die Einführung einer Antidiskriminierungs- und Ombudsstelle in Berlin³⁵.

Zusätzlich zu dieser Form der Antidiskriminierungsarbeit halten wir es für nötig, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um insbesondere die Begegnungen in der Ausländerbehörde und im Jobcenter zu befrieden und Menschen vor rassistischen Erfahrungen zu schützen^{36 37}.

Es kommt bei Aktionen und Demonstrationen der Klimagerechtigkeitsbewegung sowie auch der antirassistischen und antifaschistischen Bewegung in Berlin zu Eskalationen, Repressionen und Gewalt im Rahmen der begleitenden Polizeieinsätze. Die Polizeibeamt:innen benutzen im Einsatz dabei bspw. Pfefferspray und Wasserwerfer, zudem Fausthiebe, Tritte, Schmerzgriffe, Tonfas (Schlagstöcke) und auch Hunde, um Demonstrant:innen zu bedrohen und zu verletzen. Im Januar 2021 setzte die Polizei gegenüber der friedlichen und stehenden Luxemburg-Liebkecht-Demonstration Schläge und Pfefferspray ein. Die Aktivist:innen werden zudem juristisch unter Druck gesetzt, es wird im Vergleich zu anderen Gruppen³⁸ besonders repressiv vorgegangen³⁹. Des Weiteren wurden in einer Reihe von Bundesländern Befugnisweiterungen für die Polizei verabschiedet, die noch mehr Repressionsmöglichkeiten eröffnen („Polizeigesetze“)⁴⁰.

An dieser Stelle ist auf die Problematik der Extremismustheorie hinzuweisen, nach welcher „Rechtsextremismus“ und „Linksextremismus“ gefährliche Pole im Gegensatz zu einer angeblich demokratischen Mitte darstellen⁴¹. Diese Gegenüberstellung wird nicht nur von den Sozialwissenschaften als unterkomplex kritisiert. Sie verharmlost die menschenverachtende rechtsextremistische Ideologie sowie die hier bereits erwähnten unzähligen rechten Gewalttaten⁴². Wir kritisieren die Verwendung dieses Ansatzes durch den Bundesverfassungsschutz sowie seiner

35 <https://www.berlin.de/sen/lads/beratung/diskriminierung/>

36 https://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/wp-content/uploads/2019/09/Forderungskatalog-2019_FR-Brandenburg-1.pdf

37 https://fluechtlingsrat-berlin.de/wp-content/uploads/forderungskatalog_2016.pdf

38 Taz-Kommentar dazu: <https://taz.de/Kommentar-Neonazi-Aufmaersche!/5534660/>

39 <https://www.jungewelt.de/artikel/397046.repression-gegen-linke-eine-solche-feindpropaganda-gibt-es-nur-gegen-links.html>

40 Beispiel NRW: <https://netzpolitik.org/2019/vier-klima-aktivistinnen-praeventiv-eingesperrt/>

41 <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/200099/kritische-anmerkungen-zur-verwendung-des-extremismuskonzepts-in-den-sozialwissenschaften>

42 TAZ-Kommentar dazu: <https://taz.de/bpb-Dossier-Linksextremismus!/5742141/>

Ableger auf Landesebene, welcher u.a. zur Kriminalisierung linker Proteste führt, wie z.B. die Einstufung von Ende Gelände in Berlin als „linksextrem“⁴³.

Polizeigewalt, sowie auch Racial Profiling, d.h. polizeiliche Kontrollen, die anhand zugeschriebener ethnischer Merkmale stattfinden, beeinträchtigen den demokratischen Prozess der friedlichen Aushandlung sozialer Konflikte und die Möglichkeit, sich politisch zu engagieren. Die Polizei als Institution mit Gewaltmonopol hat die Verantwortung, diese Gewalt achtsam einzusetzen und nicht zu missbrauchen. Aktuell werden auch vergleichsweise kleine Veranstaltungen der Klimagerechtigkeitsbewegung in Berlin mit einem großen Aufgebot von Einsatzkräften begleitet. Die Einführung eines Polizeibeauftragten in Berlin ist hier ein erster Schritt in die richtige Richtung⁴⁴.

Eine erfolgreiche Strafverfolgung gegenüber Beamt:innen im Einsatz ist nahezu aussichtslos⁴⁵.

Gleichzeitig wurden in der näheren Vergangenheit viele rechtsextreme Aktivitäten innerhalb der Polizei und der Bundeswehr aufgedeckt⁴⁶. Es kommen rassistische Chatgruppen bei Polizeieinheiten, Skandale um die Polizeigewerkschaft DPoIG⁴⁷ und Berichte über entwendete Munition und Waffen bei der KSK ans Tageslicht⁴⁸. Die besorgniserregenden Fälle „Hannibal“⁴⁹ und NSU 2.0⁵⁰ sprechen hier für sich.

In diesem Zusammenhang müssen auch Tode von BPoC, die in Polizeigewahrsam waren, erwähnt werden⁵¹.

Forderungen zum Umgang mit Diskriminierung und Repression durch Behörden und Polizei

- ➔ Wir lehnen staatliche Repressionen gegen Antifaschist:innen und Klimaaktivist:innen entschieden ab. Aktivismus gegen Rechtsextreme und gegen den Klimawandel ist keine Straftat. Die politische Teilhabe der Betroffenen und Solidarischen muss gewährleistet sein.
- ➔ Wir verurteilen den Einsatz von Tieren durch die Polizei.
- ➔ Wir wollen die Organisation der Exekutive grundsätzlich verändern, um sowohl der Militarisierung als auch rechtsextremen Tendenzen entgegenzuwirken. Dazu gehört eine Untergliederung polizeilicher Zuständigkeiten in verschiedene kleinere Organisationen, auch in

43 <https://taz.de/Ende-Gelaende-im-Verfassungsschutzbericht/!5684218/>

44 <https://www.berlin.de/aktuelles/berlin/6361564-958092-berlin-bekommt-unabhaengigen-polizei-und.html>

45 <https://www.sueddeutsche.de/bayern/gewalt-bei-einsaetzen-warum-anzeigen-gegen-polizisten-selten-zur-anklage-fuehren-1.1353503>

46 Für einen Überblick: <https://entnazifizierungjetzt.de/>

47 https://de.wikipedia.org/wiki/Rainer_Wendt

48 <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/ksk-soldaten-waffen-munition-verschwunden-100.html>

49 [https://de.wikipedia.org/wiki/Hannibal_\(Netzwerk\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Hannibal_(Netzwerk))

50 https://de.wikipedia.org/wiki/NSU_2.0

51 Eine Übersicht: <https://doku.deathincustody.info/>

- nichtpolizeiliche z.B. soziale oder psychotherapeutische Aufgabenbereiche. Diese Aufspaltung soll dazu führen, dass nicht die gleichen bewaffneten Beamten morgens einen Raubüberfall aufklären, mittags einen Verkehrsunfall betreuen und abends eine Person mit einer manischen Episode auffangen müssen.
- Wir fordern eine regelmäßige Rotation von Führungspersonal. Das kann die Entstehung von Korpsgeist und verschworenen Netzwerken innerhalb der Behörde vorbeugen.
 - Hinzu kommt eine umfassende Abrüstung der Behörde - besonders Polizist:innen der Einsatzhundertschaften (EHu) und diejenigen, die zu psychischen Notfällen, Jugendlichen im Park o.Ä. gerufen werden, dürfen keine tödlichen Waffen mit sich führen. Die Umstrukturierung wird auch die Reihen der EHu zugunsten anderer Abteilungen ausdünnen.
 - Eine zukunftsweisende Änderung wird die Etablierung einer unabhängigen Beobachtungsstelle sein, die neben der Polizei auch die Arbeit des Verfassungsschutzes und der Staatsanwaltschaft beobachtet, um der wachsenden Polizeigewalt zu begegnen. Dabei soll diese Beobachtungsstelle Quoten an betroffenen Bevölkerungsgruppen (unter anderem Schwarzen und PoC) von insgesamt mindestens 50% haben sowie eine FLINTA*-Quote von mindestens 50%.
 - Das Umherfahren von Streifenpolizist:innen in Verbrenner-PKWs wird durch weniger klimaschädliche und bevölkerungsnähere Fortbewegungsmittel ersetzt.
 - Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass die vielen Einschränkungen der Privatsphäre, die unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung etabliert wurden, z.B. Vorratsdatenspeicherung, automatisierte Gesichtserkennung, Überwachung von Messengerdiensten, Befugnisse der Geheimdienste, zurückgebaut werden.
 - Die Versorgung und Betreuung Geflüchteter ist eine soziale Aufgabe. Die Ausländerbehörde, die sich mit diesen Aufgaben befasst, muss in die Zuständigkeit des für Integration und Soziales zuständigen Ministeriums übergehen.
 - Eine behördenunabhängige Beratung für Asylverfahren und Sozialanträge muss in Erstaufnahmeeinrichtungen Standard sein.
 - Die Behördenpraxis muss fair und transparent sein. Weisungen, Leitlinien und Arbeitshilfen der Ausländerbehörden in den Landkreisen und kreisfreien Städte sind zu veröffentlichen.
 - Darüber hinaus braucht es mehrsprachige Formulare, Merkblätter und Bescheide. Bescheide und Rechtsbehelfsbelehrungen müssen (ggf. auch mündlich) übersetzt werden.⁵²

52 https://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/wp-content/uploads/2019/09/Forderungskatalog-2019_FR-Brandenburg-1.pdf

2.5 Migration, Militarisierung und Extraktivismus

Es ist aufgrund der Erderhitzung eine elementare Ressourcenverknappung zu erwarten, die zu internationalen Konflikten führen wird⁵³. Auch werden Lebensräume verloren gehen. Dies wird Migrationen über Länder- und Kontinentalgrenzen auslösen⁵⁴.

Wir beobachten schon jetzt menschenverachtende Verbrechen an den Außengrenzen der EU. Zu nennen sind hier die Inkaufnahme Ertrinkender im Mittelmeer durch die internationale Seenotrettung, Repression gegen zivile Seenotrettung⁵⁵, illegale Pushbacks durch und militärische Aufrüstung von Frontex⁵⁶ sowie das Festhalten von Geflüchteten in menschenunwürdigen Lagern über lange Zeiträume⁵⁷.

Migration ist für eine Gesellschaft wie Deutschland, die geringe Geburtenzahlen hat, eine Unterstützung, um auch langfristig das gesellschaftliche Gleichgewicht, wie auch die Renten- und Sozialsysteme, zu erhalten. Auch ökonomisch ist eine stetige globale Mobilität begrüßenswert. Waren und Kapital können sich in dieser Welt frei bewegen. Die Menschen und damit die Arbeitskraft, kann dies jedoch nicht. Bei einem Mindestmaß an moralischen Richtlinien, wie dem Erhalt der Selbstbestimmung jeder und jedes Einzelnen muss die Bewegungsfreiheit von Individuen und Menschengruppen garantiert werden⁵⁸.

Es ist zudem eine Militarisierung der internationalen Beziehungen zu beobachten⁵⁹. Deutschland ist einer der größten Waffenexporteure der Welt. Firmen wie beispielsweise Rheinmetall und Thyssen-Krupp haben nicht nur kaum Aufarbeitung ihrer Rollen im Dritten Reich nachzuweisen, sondern profitieren noch heute von Rüstungshandel, u.a. mit repressiven Autokratien⁶⁰. Doch nicht nur die militärische Produktion bereichert sich durch den Handel mit despotischen oder autoritären Staaten.

Unsere Wirtschaftssystem basiert auf Wachstum, Extraktivismus und Expansion. Während autokratische Regime vergleichsweise ungezügelt Raubbau an natürlichen und menschlichen Ressourcen betreiben und Widerstand gewaltvoll brechen, unterscheiden sich demokratische Staaten hier zwar in ihren Methoden, nicht jedoch in ihren Zielen. Unter Extraktivismus und Expansion leiden

53 https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/archiv/wbgu_jg2007.pdf und <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/14623528.2021.1917913?needAccess=true>

54 <https://www.greenpeace-magazin.de/lesecke/wird-die-erde-unbewohnbar>

55 <https://www.proasyl.de/news/gegen-das-sterben-im-mittelmeer-seenotrettung-und-solidaritaet-mit-den-el-hiblu-3/>

56 <https://www.hrw.org/news/2021/03/10/frontex-turns-blind-eye-greeces-border-abuses>

57 <https://www.politico.eu/article/from-compassion-to-fortress-europe-the-migration-crisis-in-pictures/>

58 Žižek, Slavoj. Der neue Klassenkampf: die wahren Gründe für Flucht und Terror. Ullstein Ebooks, 2015

59 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/militaerausgaben-weltweit-sipri-bericht-100.html>

60 <https://rheinmetall-hauptversammlung.org/rheinmetall/>

insbesondere die Regionen des Globalen Südens, zusätzlich zu den Folgen des Kolonialismus und des Klimakollapses.

Wir solidarisieren uns daher mit allen emanzipatorischen, feministischen und pazifistischen Bewegungen vor Ort und international. Der menschliche Befreiungsakt macht im globalen Kapitalismus nicht an Staatsgrenzen Halt und muss vereint und auch immer ökonomisch gedacht werden.

Forderungen zu Migration, Militarisierung und Extraktivismus

- ➔ Dass Menschen nach Deutschland, Berlin und in die EU kommen werden, ist gut, normal, und unvermeidlich. Diese Migration, die auch infolge des Klimawandels stattfindet, wird in Zukunft noch zunehmen. Diese Migrationen werden wir als Stadt vorbereiten, um einen möglichst friedlichen Umgang mit der Menge der geflüchteten Menschen zu finden.
- ➔ Wir werden uns sowohl für die Infrastruktur und die Versorgung der Ankommenden als auch für die soziale (Aufnahme-)bereitschaft der Ansässigen einsetzen.
- ➔ Es gilt zudem, Fluchtursachen zu bekämpfen.
- ➔ In Anerkennung, dass die Freiheit der globalen Mobilität allen gewährleistet werden muss, erkennen wir trotzdem, dass diese Migration häufig nur unter Zwang und mangels anderer Möglichkeiten erfolgt. Berlin ist daher zur Hilfe verpflichtet.
- ➔ Abkommen wie das EU-Türkei-Abkommen von 2016, das Flüchtende zur Währung macht, lehnen wir entschieden ab.
- ➔ Solange Krieg für Deutschland lukrativ ist, können Friedensbemühungen nur halbherzig sein. Wir lehnen Krieg und militärische Auseinandersetzungen ab. Keine Tätigkeit schädigt so nachhaltig Individuen, Gesellschaften und die Natur wie Krieg. Wir lehnen die Herstellung von und den Handel mit Rüstungsgütern ab.
- ➔ Wir begegnen der Koalition aus Wirtschaftsinteressen und Gewalt mit einer restaurativen, inklusiven und herrschaftskritischen Haltung.
- ➔ Berlin trägt als Teil des Globalen Nordens maßgeblich zur Erderhitzung bei. Die daraus folgenden Schäden im Globalen Süden liegen daher in unserer Verantwortung. Diese Verantwortung wahrzunehmen heißt auch, sich für eine bundes- und europaweite Anerkennung der Fluchtursachen Klimawandel und Umweltzerstörung einzusetzen.
- ➔ Wir setzen uns dafür ein, dass die menschenverachtenden Praktiken an der Außengrenze der Europäischen Union beziehungsweise in kooperierenden Transitländern wie Libyen aufhören. Die Europäische Grenzschutzorganisation muss erst dringend unter die Kontrolle des europäischen Parlaments und langfristig natürlich sowohl demilitarisiert als auch personell und finanziell abgebaut werden. Hier schließen wir uns der Forderungen der Seebrücke nach „Save Havens“ an⁶¹.

61 <https://seebruecke.org/safe-havens/berlin/>

- Wir unterstützen durch finanzielle Unterstützung die Seenotrettung im Mittelmeer.

2.6 Partizipation und Bildung

Der Anteil der Bevölkerung in Berlin, die keinen deutschen Pass besitzen, liegt bei fast 20%⁶². Somit kann ein großer Teil der Bevölkerung sich aktuell kaum an der Politik beteiligen.

Es ist wichtig, Antirassismus, Antifaschismus, Demokratie, Zivilcourage und Beteiligung frühestmöglich in der Entwicklung zu lernen. Unser aktuelles Schulsystem ermöglicht keine ausreichende demokratische Beteiligung der Schüler:innen, durch den Lehrplan ist ein selbstbestimmtes Lernen viel zu selten vorgesehen. Diese Art der autoritären Struktur des Schulsystems steht einer auf Solidarität und Teilhabe aufbauenden Gesellschaft entgegen.

Forderungen zu Partizipation und Bildung

- Wir werden allen Berliner:innen (d.h. allen Menschen die ihren Hauptwohnsitz oder Lebensmittelpunkt seit mehr als drei Monaten in Berlin haben) unabhängig von Herkunft und Staatsbürgerschaft das aktive Wahlrecht gewähren.
- Wir werden bei allen Bürger:innenräten Menschen mit Migrationsgeschichte und BIPOC aktiv mit einbeziehen in einem Umfang, der mindestens ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht.
- Wir werden Schüler:innen und Student:innen maßgeblich an der Entwicklung von Bildungseinrichtungen und dem Lehrprogramm beteiligen. Autoritäre Strukturen sollen zugunsten von beteiligenden Strukturen abgebaut werden.
- Es soll darauf geachtet werden, dass Lernende zusammen mit Lehrenden ein echtes Mitentscheidungsrecht haben. Antirassismus und Antifaschismus sollen Teil von Bildung in Schulen werden.
- Es werden Antirassismus- und Antidiskriminierungsworkshops in der Erwachsenenbildung für private Unternehmen, Arbeitnehmer:innen und Arbeitsuchende von der Stadt gefördert und angeboten werden.
- Zivilcourage ist eine erlernbare Fähigkeit, die solidarisches und unterstützendes Verhalten in Konfliktsituationen ermöglicht und so Gewalt entgegenwirkt. Wir werden Bedingungen schaffen, in denen Zivilcourage erlernt und praktiziert wird.
- Wir werden wieder selbstverwaltete Jugendzentren in allen Teilen der Stadt einrichten. Dabei soll die Stadt dafür Sorge tragen, dass Räume und finanzielle Unterstützung hierfür bereitgestellt werden.
- Wir stellen uns unserer kolonialen und nationalsozialistischen Geschichte und übernehmen Verantwortung. Eine demütige Erinnerungskultur entsteht, die Überlebenden von rassistischer und antisemitischer Gewalt werden ins Zentrum der politischen Bemühungen gestellt. Es werden in Schulen, den

politischen Strukturen und Behörden Bedingungen geschaffen, die rassistischer Gewalt vorbeugen und, wenn nötig, aktiv begegnen.

3. Positionierungen

3.1 Rassismus

Rassismus hat seinen Ursprung im europäischen Kolonialismus und bezeichnet eine Machtstruktur, die helle Hautfarben als Norm betrachtet und der Legitimation von Macht und Herrschaft auf der Grundlage von Aussehen, Herkunft oder ethnischen Hintergrund dient. Die Klimaliste Berlin versteht Berlin als radikal vielfältige Stadt und tritt Rassismus entgegen, indem sie sichere Strukturen schafft, antirassistische Bildung sowohl in den Schulen wie in den Behörden fördert, die Stadt dekolonisiert, seine koloniale Geschichte aufarbeitet und einen Studiengang Schwarze Europäische Studien einrichtet.

3.2. Antisemitismus

Antisemitische Anfeindungen gibt es schon seit Jahrhunderten in unserer Gesellschaft und treten auch aktuell häufig auf. Sie dürfen nicht bagatellisiert werden. Jüdische Menschen müssen sich in Deutschland und überall in der Welt frei bewegen und ohne Angst ihr Leben leben können. Jede Art von Hassgewalt, ob aus antisemitischen, rassistischen oder anderen menschen- oder gruppenfeindlichen Motiven, muss erfasst und streng geahndet werden. Zudem ist das gesellschaftliche Zusammenleben so zu gestalten, dass sich die Geschichte nicht wiederholen kann. Dazu gehört, dass sämtliche (neo-) faschistischen Organisationen und Parteien einschließlich Ersatz- und Tarnorganisationen konsequent aufgelöst und verboten werden.

3.3 Antifaschistische Arbeit

Die Klimaliste Berlin sieht in antifaschistischen Organisationen und Bewegungen wichtige Verbündete im Kampf gegen faschistisch geprägte Gewalt in der Stadt. Sie steht für die scharfe Verfolgung rechtsextremer Straftaten und für den Schutz und die Unterstützung der Opfer rechtsextremer Gewalt.

3.4 Diskriminierung und Repression in Behörden und Polizei

Die Klimaliste Berlin setzt sich für eine Demokratisierung und Entmilitarisierung der Polizei ein. Sie setzt sich für die Aufklärung rechtsextremer Strukturen in der Polizei ein und gegen die Repression von Klimaaktivisti, Antifaschist:innen und BPoC. Dazu gehört die Entwaffnung von Beamt:innen, die Demonstrationen begleiten, sowie das Verbot von Polizeihunden im Einsatz gegen Menschen.

3.5 Migration und Militarisierung

Die Klimaliste Berlin versteht Migration als einen normalen Aspekt menschlichen Lebens. Asyl- und Schutzsuchende und alle anderen Migrant:innen sind willkommen und werden auf ihrer Flucht unterstützt. Wir verstehen unsere Privilegien und Verantwortung gegenüber den neo:kolonial ausgebeuteten Völkern und Ländern, insbesondere auch in Anbetracht der ungerechten Verteilung der Folgen der Klimakrise. Kein Mensch ist illegal. Die Klimaliste Berlin erkennt die Erderhitzung als Fluchtursache an. Sie trifft Vorbereitungen für die durch die Erderhitzung ausgelösten Migrationen und gibt migrierten Menschen das aktive und passive Wahlrecht.

3.6 Abrüstung

Das Klima lässt sich nur schützen, wenn die Menschen dieses Planeten international zusammenstehen und nicht gegeneinander kämpfen. Wir verstehen uns als Friedenspartei und lehnen militärische Interventionen, die Produktion und den Export von militärischen Gütern grundsätzlich ab.